

NACHRICHTEN

ERMITTLUNGEN

Vorwürfe gegen Sonntag vom Tisch

Der Kabarettist Christoph Sonntag ist rehabilitiert: Die Staatsanwaltschaft Stuttgart stellte das Ermittlungsverfahren wegen des Verdachts des Besitzes kinderpornografischer Schriften ein. Es bestehe kein Tatverdacht, sagte eine Sprecherin. Bei der Auswertung von Datenträgern seien keine kinder- und jugendpornografischen Schriften festgestellt worden. Im Mai war es bei dem Künstler zu einer Hausdurchsuchung gekommen. Er hatte den Vorwurf von Anfang an zurückgewiesen und ihn selbst öffentlich gemacht. Bereits im September hatten die Ermittler die Akten in einer Affäre um Fördermittel für den Kabarettisten geschlossen. (dpa)



Christoph Sonntag

SCHLACHTHOF-SKANDAL

Landratsamt trennt sich von Kontrolleuren

Nach dem Skandal um mutmaßliche Tierschutzverstöße in einem Schlachthof in Gärtringen will sich das Landratsamt Böblingen von den dort eingesetzten amtlichen Kontrolleuren trennen. Es handle sich um zwei amtliche Tierärzte und zwei Assistenten, sagte ein Sprecher des Landratsamts auf Anfrage. Landrat Roland Bernhard erklärte, Verfehlungen seien zwar menschlich, dürften aber im sensiblen Bereich des Tierschutzes „nicht toleriert“ werden. (dpa)

FREIBURG

Briefe an die Menschen in 100 Jahren

Ein ungewöhnliches Projekt hat sich die Stadt Freiburg ausgedacht. Anlässlich des 900-jährigen Bestehens der südbadischen Stadt sollen die Einwohner einen Brief an Menschen schreiben, die in 100 Jahren leben, teilte die Stadt mit. Bis zur 1000-Jahr-Feier im Jahr 2120 sollen die Briefe ungeöffnet, versiegelt und verschlossen vom Stadtarchiv aufbewahrt werden. (epd)

UMWELTMINISTERIUM

Einfachere Vorgaben zum Schutz vor Wölfen

Das baden-württembergische Umweltministerium ändert die Vorgaben für die Halter von Ziegen und Schafen, die ihre Herden gezielt vor Wolfsangriffen schützen. Im Schwarzwald werde es einfacher, für einen wolfsabweisenden Grundschutz zu sorgen, teilte Umweltminister Franz Untersteller (Grüne) mit. Dieser ist notwendig, wenn der Tierhalter Entschädigung für vom Wolf getötete Tiere haben will. (dpa)



Verkehrsminister Winfried Hermann (Bündnis 90/Die Grünen) betrachtet seine Politik nicht als gescheitert. Er gibt aber zu: Die Politik kann die verkehrs- und klimapolitischen Ziele nicht allein erreichen. BILD: DPA

BaWü-Check löst heftige Debatte aus

- Opposition nennt grüne Verkehrspolitik gescheitert
- Minister Hermann weist die Vorwürfe zurück



VON ULRIKE BÄUERLEIN
ulrike.baerlein@suedkurier.de

Stuttgart – Zehn grüne Verkehrspolitik in Baden-Württemberg – und doch zu wenig in Sachen Verkehrswege und neue Mobilität auf den Weg gebracht? Der BaWü-Check der baden-württembergischen Tageszeitungen zur Verkehrspolitik im Land, in dem viele Bürger via Allensbach-Umfrage ihre Unzufriedenheit zum Ausdruck gebracht hatten, hat gestern landesweit Reaktionen ausgelöst.

Die Landtags-Opposition von SPD, FDP und AfD sprach von einer „gescheiterten Verkehrspolitik“ des grünen Verkehrsministers Winfried Hermann. Jochen Haußmann, verkehrspolitischer Sprecher der FDP/DVP-Fraktion, sagte: „Der Verkehrsminister ist mit seiner Politik der Verbote und Erziehungsversuche auf ganzer Linie gescheitert.“ SPD-Fraktionschef Andreas Stoch bemängelte, dass es Hermann in zehn Jahren im Amt nicht gelungen sei, andere Mobilitätsformen zu einer Alternative für das Auto zu machen. „Wir kommen nur weiter, wenn wir sinnvolle Anreize setzen und attraktive Angebote machen. Deshalb brauchen wir jetzt das 365-Euro-Jahresticket“, sagte Stoch. AfD-Verkehrsexperte Hans Peter Stauch nannte die Ergebnisse der Umfrage „wenig überraschend“. „Sie zeigen klar, dass die von der grün-schwarzen Landesregierung angestrebte Abschaffung des motorisierten Individualverkehrs bei den Bürgern auf wenig Gegenliebe stößt“, so Stauch.

Thomas Dörflinger, Verkehrsexperte der CDU, sieht die verkehrspolitischen Ansätze seiner Partei unterdessen bestätigt. „Es gibt nicht die eine Lösung,

Der BaWü-Check



Die Tageszeitungen in Baden-Württemberg wollen es genau wissen: Was denken die Bürger über die Arbeit der Landesregierung? Zusammen mit dem Institut für

Demoskopie Allensbach werden einmal im Monat 1000 Menschen befragt. Die Ergebnisse werden in 78 Zeitungstiteln des Landes mit täglich fast fünf Millionen Lesern veröffentlicht. Bei den bisher erschienenen BaWü-Checks ging es um Bildungs- und Verkehrspolitik und die Arbeit der Minister Susanne Eisenmann und Winfried Hermann. (sk)

den einen Verkehrsträger“, sagte Dörflinger. „Für die große Mehrheit der Menschen ist nach wie vor das Auto das Verkehrsmittel der Wahl. Das heißt für uns: Weiter das Angebot im ÖPNV ausbauen, gleichzeitig brauchen wir aber auch weiter neue Ortsumfahrungen und leistungsfähige Straßen.“

Alle müssen an einem Strang ziehen

Dagegen sehen sich die Grünen und Verkehrsminister Hermann selbst in ihren Anstrengungen für eine Verkehrswende bestätigt. „Oberstes Ziel ist es für uns Grüne, Mobilität und Klimaschutz in Einklang zu bringen. Das ist eine Daueraufgabe – und das Bohren dicker Bretter“, sagte Grünen-Verkehrsexperte Hermino Katzenstein.

Winfried Hermann wies den Vorwurf an seine Partei, die verkehrs- und klimapolitischen Ziele nicht erreicht zu haben, entschieden zurück. „Von einer gescheiterten Verkehrspolitik kann nicht die Rede sein“, sagte Hermann. Er



So berichtete der SÜDKURIER gestern auf seiner Titelseite über den BaWü-Check.

verwies darauf, dass eine umwelt- und klimafreundliche Mobilität nicht von der Politik allein erreicht werden könne. „Das ist nur zu bewältigen, wenn auch viele Menschen bereit sind, ihr Verhalten zu überdenken und zu ändern. Politik allein kann dies nicht leisten.“

„Die Verkehrs-Infrastruktur bundesweit und im Land wurde über sehr lange Zeit vernachlässigt. Dieser Rückstand lässt sich nicht in einigen Jahren aufholen“, sagte Hermann. Die Zahl der Fahrzeuge und das Gewicht der Fracht auf Straßen und Schiene seien gewaltig gewachsen. „Wenn man jahrzehntelang nicht saniert, dann gibt es auch jede Menge zu tun“, so der Minister. Und für viele Bereiche sei zudem das Land nicht oder nicht allein zuständig. „Wenn in einem Wohngebiet die Straße schlecht ist, muss sich die Gemeinde darum kümmern und nicht der Verkehrsminister“, sagte Hermann.

Das Land habe die jährlichen Mittel für die Sanierung und den Erhalt der

Straßen und Brücken von 65,6 Millionen Euro im Jahr 2010 auf 183,1 Millionen Euro im Jahr 2019 erheblich gesteigert, der Zustand von Straßen und Brücken im Land habe sich auch spürbar gebessert. Bei der Kritik am schleppenden Ausbau des öffentlichen Personennahverkehrs (ÖPNV) verwies Hermann auf ein modernes Zugangebot und den neuen bw-Tarif. So sei in der Metropolregion Stuttgart durch die auch vom Land finanzierte Tarifzonenreform das Fahren mit dem ÖPNV um 25 Prozent billiger geworden.

Mehr Geld für den Busverkehr

Der ländliche Raum habe vom Aufbau der Regiobus-Linien profitiert. „Das Land hat auch die Mittel für den übrigen Busverkehr im Land angehoben und wird sie weiter erhöhen“, so Hermann, der aber auch auf die Verantwortung der Kommunen verwies, die mit diesem Geld für einen attraktiven Busverkehr mit einem regelmäßigen Taktfahrplan sorgen müssten.

Der Umwelt- und Naturschutzbund BUND verwies darauf, dass es ohne Mobilitätswende keinen Klimaschutz gebe. „Über 30 Prozent der Treibhausgas-Emissionen stammen aus dem Verkehr, seit 1990 können keine Minderungen erzielt werden – im Gegenteil steigen die Emissionen sogar weiter an“, sagte Landesgeschäftsführerin Sylvia Pilarsky-Grosch. „Auf der anderen Seite ist die Lebenswirklichkeit der Menschen im Land immer noch geprägt von einer jahrzehntelangen Vorrangpolitik für das Auto, die eine Verhaltensänderung schwer macht. Hier umzusteuern ist eine Marathon-Aufgabe des Landes, kein kurzer Sprint. Dazu braucht es einen langen Atem, Mut und viel Geld.“

Das lesen Sie zusätzlich online



So denken die Menschen in Baden-Württemberg über die Verkehrspolitik im Land: www.sk.de/10681105

Hunderttausende Bürger von Ausgangsbeschränkungen betroffen

Die Landesregierung erlässt harte Maßnahmen in Corona-Hotspots. Einwohner dürfen nur aus triftigem Grund das Haus verlassen

Mannheim/Lörrach (dpa) In den Corona-Hotspots im Südwesten dürfen die Bürger künftig nachts nur noch mit triftigen Gründen das Haus verlassen. Die baden-württembergische Landesregierung einigte sich auf nächtliche Ausgangsbeschränkungen in Kreisen mit mehr als 200 Neuinfektionen pro 100 000 Einwohner binnen einer Woche, wie das Staatsministerium mitteilte.

Dies ist derzeit in Mannheim, Pforzheim, Heilbronn und in den Landkreisen Tuttlingen, Schwarzwald-Baar-Kreis und Lörrach der Fall. Mehr als

eine Million Baden-Württemberger leben in diesen Hotspots. Die Details der Ausgangsbeschränkung will das Sozialministerium in einem Erlass regeln. Ausnahmen gelten etwa für medizinische Notfälle oder aus Arbeitsgründen. Nächste Woche sollen die neuen Regeln in Kraft treten, sagte ein Regierungssprecher. Im Erlass sollen auch weitere Einschränkungen in den Hotspot-Gebieten geregelt werden, wie etwa Veranstaltungsverbote.

Zuvor hatten bereits mehrere Land- und Stadtkreise mit sehr hohem Infektionsgeschehen einer landesweiten Regelung vorgegriffen und selbst strengere Maßnahmen angekündigt. So hatte Mannheim noch vor der Bekanntgabe des Landes am Donnerstag eine nächtliche Ausgangsbeschränkung verkündet. Sie trete bereits am Freitag



Auch in Villingen-Schwenningen treten heute schärfere Regeln in Kraft. BILD: DPA

in Kraft, sagte Oberbürgermeister Peter Kurz (SPD) gestern. Die Ausgangsbeschränkung soll zunächst bis zum 14. Dezember zwischen 21 und 5 Uhr gelten. Dann darf man das Haus nur noch aus „triftigen Gründen“ verlassen. Als Ausnahmen gelten etwa berufliche Tätigkeiten oder Arztbesuche. Ob ein sol-

cher Grund vorliege, müsse man bei einer Kontrolle glaubhaft machen können. Hier werde im Einzelfall entschieden, sagte ein Sprecher der Mannheimer Polizei.

Die Polizei plant in Mannheim mobile und stationäre Kontrollen. Die Beamten würden eine „sehr hohe Präsenz über die ganze Nacht“ gewährleisten, hieß es. Bei einem Verstoß gegen die Regelung sei mit einem Bußgeld zu rechnen. Die Vorgabe gilt laut Stadt nicht nur für Mannheim, sondern für alle, die sich während der Ausgangsbeschränkung im Stadtgebiet aufhalten.

Zusätzlich treten in Mannheim strengere Vorgaben für Pflegeheime in Kraft. Diese dürfe man in Mannheim künftig nur noch mit einer FFP2-Maske mit besonders hoher Schutzwirkung betreten, sagte Bürgermeister Kurz. Zudem soll

ein Corona-Schnelltest vor dem Betreten verpflichtend werden. Wo Einrichtungen die Tests nicht selbst anbieten und durchführen können, soll man ein aktuelles Testergebnis mitbringen dürfen. Auch für das Pflegepersonal werden FFP2-Masken und wöchentliche Schnelltests Pflicht. Zudem werden in Mannheim sämtliche Sportstätten geschlossen, auch für den Schulsport. Alle nicht religiösen Veranstaltungen werden verboten, es bleiben etwa Demos und Beerdigungen erlaubt.

Ebenfalls strengere Maßnahmen haben bereits der Landkreis Tuttlingen und der Schwarzwald-Baar-Kreis am Donnerstag angekündigt. Der Schwarzwald-Baar-Kreis möchte die Regeln am Freitag auf einer Pressekonferenz vorstellen, in Tuttlingen sollen sie veröffentlicht werden.